

Dr. Regina Görner

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall

Fachtagung der Landesarbeitsgemeinschaft
Soziale Sicherung der Caritas Hessen

„Brosamen von den Tischen der Reichen?“

**Die Sozialstaatsdebatte und die katholische
Soziallehre“**

am 3.12.2009

in Frankfurt am Main

- es gilt das gesprochene Wort -

Anrede,

erlauben Sie mir, als einer ausgebildeten Geschichtswissenschaftlerin, zunächst einen Exkurs in die Vorgeschichte unseres Themas. Es ist leider viel zu wenig bekannt, dass die Sozialstaatsdebatte nicht erst mit dem Neoliberalismus in den 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts beginnt, sondern eine lange Vorgeschichte hat, die zum Verständnis der heutigen Auseinandersetzungen durchaus beitragen kann. Und lassen Sie mich dabei einen kurzen Blick auch auf die Frage richten, warum es überhaupt so etwas wie eine christliche Soziallehre gibt. Von einer buddhistischen, islamischen oder hinduistischen Soziallehre ist ja keine Rede, und das ist auch gar kein Zufall.

„Welches ist das höchste Gebot?“, fragen die Pharisäer Jesus. Und seine Antwort fasst zusammen, worum es im Kern im Christentum geht. Ich weiß nicht, ob Sie sich schon einmal der Tatsache bewusst geworden sind, dass darin ein eminent sozialpolitisches Programm verborgen liegt.

„Du sollst den Herrn, Deinen Gott, lieben und Deinen Nächsten wie Dich selbst.“ Und zum Verhältnis der beiden Gebote wird ausdrücklich im Matthäus-Evangelium gesagt: „das andere ist dem gleich“. Dieser Satz definiert das Verhältnis des Gläubigen zu Gott auf eine ganz spezifische und für Religionen insgesamt eher untypische Weise: In traditionellen Religionen ist Gottesdienst etwas, das man an heiligen Orten praktiziert, wo man betet und Opfer bringt.

Christentum kommt mit einem radikal anderen Ansatz: Zwar kennt auch das Christentum heilige Räume, an denen sich die Gläubigen zum Gebet versammeln, aber Opfer werden nicht mehr gebracht, weil Christus durch den Tod am Kreuz das maximale Opfer gebracht hat. Ein gottgefälliges Leben vielmehr setzt Nächstenliebe voraus, und religiöse „Leistung“ zeigt sich nicht in kultischen Handlungen und Opfern, sondern im Einsatz für Mitmenschen, und zwar nicht nur für die eigene Familie, Sippe, oder die Freunde, sondern gerade für die Ausgestoßenen, Benachteiligten, Fremden und Unterprivilegierten. Das ist religionsgeschichtlich ein ziemlich ungewöhnliches Konzept, auch wenn auch andere Hochreligionen so etwas wie Almosenspenden als religiöse Tugend hochhalten. Aber diese radikale Gleichsetzung zwischen Gottesliebe und Nächstenliebe ist für Religionen überhaupt nicht typisch.

Und das ist im Übrigen nicht nur sozialpolitisch, sondern auch ökonomisch ein höchst bedeutsames Konzept. Archaische Religionen haben immer wieder das, was eine Gesellschaft in einer Generation erwirtschaftet hat, in den Grabkammern von Fürsten verbuddelt, um deren Überleben im Jenseits sicherzustellen. Denken Sie nur an die ägyptischen Pyramiden oder die angelsächsischen oder chinesischen Fürstengräber, in denen nicht nur Schmuck und Luxusgüter, sondern auch Waffen, Werkzeug und Vieh begraben und damit dem Wirtschaftskreislauf entzogen wurden. Im Christentum konnte man das Überleben nach dem Tod auf diese Weise nicht sichern: Hier kam es auf gute Werke an –

das hat unabhängig von der Ausrichtung auf soziale Verantwortung dazu geführt, dass die volkswirtschaftlichen Ressourcen nicht einfach im Boden verschwanden, sondern der Gesellschaft erhalten blieben – vielleicht ist das die Ursache dafür, dass leistungsfähige Marktwirtschaften sich in Europa und Nordamerika und nicht etwa in - im Mittelalter jedenfalls deutlich höher entwickelten - asiatischen Hochkulturen herausgebildet haben.

Engagement für den Nächsten – dies ist die zentrale Kategorie christlichen Glaubens und Lebens! Schon früh hat sich das Problem gestellt, wie man denn im Alltag dieser Aufgabe wirklich gerecht werden kann.

Spätestens seit dem Frühmittelalter bildet sich deshalb die Vorstellung heraus, dass nicht unbedingt der einzelne Gläubige dieses Engagement persönlich praktizieren muss, der es ja oft schwer genug hatte, in einer ziemlich lebensfeindlichen Umwelt wenigstens für das nackte Überleben zu sorgen. Gute Werke konnte man danach auch leisten, indem man andere von der Mühsal des Erwerbs eines Lebensunterhalts freisetzte und ihnen damit die Möglichkeit verschaffte, sich quasi hauptamtlich um gute Werke zu kümmern. Ich lasse außen vor, wie man das ethisch bewerten muss, aber betrachte einfach aus soziologischer Sicht die Folgen dieser Auffassung.

Vor allem die karitativen Orden wurden durch Stiftungen und Spenden in die Lage versetzt, für das soziale Engagement reguläre Strukturen aufzubauen und aufrechtzuerhalten. Aussätzigenpflege und

Fremdenhospize, Spitäler und Waisenhäuser, Armenspeisungen und vieles mehr wurde auf diese Weise in der Verantwortung von Mönchen und Nonnen, aber z.B. auch von Diakonissinnen auf den Weg gebracht. Säkulare Organisationen wie Kommunen, Innungen und Zünfte verstanden sich oft nicht nur als regional- oder berufspolitische Interessenvertretungen, sondern waren zugleich als religiöse Gemeinschaften organisiert, die sich dezidiert sozialen Aufgaben gewidmet haben, so etwa der Versorgung von Witwen und Waisen ihrer Mitglieder.

Spätestens mit der Industriellen Revolution und den damit einhergehenden gesellschaftlichen Veränderungen waren diese Systeme nicht mehr in der Lage, die sozialen Probleme auch nur annähernd zu lösen. Große Zahlen von Menschen fielen aus ihren traditionellen Bindungen gänzlich heraus und gerieten in Notlagen, die mit einem bisschen privater Wohltätigkeit und kirchlich organisierter Barmherzigkeit ganz und gar nicht zu bewältigen waren.

Die Hintergründe und Zusammenhänge dieser Entwicklung sind anfangs in der Gesellschaft wie in den Kirchen überhaupt nicht verstanden worden, und man hat zunächst typischerweise an den Symptomen herumzukurieren versucht.

Dass Menschen ihre Familien nicht mehr richtig versorgen konnten, dass Familien und andere Gemeinschaften regelrecht zerfielen, dass Alkoholismus und Verwahrlosung um sich griffen, dass Frauen und

Kinder in Fabriken strömten, ist anfangs als Auswirkung eines Sittenverfalls verstanden worden, der mit – wie man damals sagte! – einer „Gesinnungsreform“ überwunden werden sollte. Ganze Heerscharen christlicher Sozialreformer haben im 19. Jahrhundert versucht, durch religiöse Unterweisung und Familienbildung, Hochhalten moralischer Standards und materieller Unterstützung in den dringendsten Notlagen die Probleme zu lösen.

Die Diakonische Bewegung in der Evangelischen Kirche ist in ihrem Entstehen zutiefst davon geprägt. Und auch auf katholischer Seite zeugen Ordens- und Vereinsgründungen das ganze 19. Jahrhundert hindurch von dem Versuch, den sozialen Notlagen durch moralische Aufrüstung der Individuen zu begegnen. Die konfessionellen Arbeitervereine, in denen engagierte Christen, die aus eher bürgerlichen Zusammenhängen kamen, die Initiative für Arbeiter ergriffen, sind dafür ein weiteres Beispiel. Ebenso die Kolpingbewegung, die dem Elend der wandernden Handwerksburschen entgegenzuwirken suchte, indem sie ihnen Unterkünfte anbot, in denen ihnen neben einer preiswerten Verpflegung religiöse Betreuung zur Verfügung gestellt wurde, damit sie dem sittenlosen Umfeld der Kneipen entzogen werden konnten.

Diese Sichtweise hat im kirchlichen Umgang mit der Sozialen Frage lange Zeit eine Rolle gespielt und sie tritt erst in allerletzter Zeit mehr und mehr in den Hintergrund. Selbst eine Enzyklika wie „Rerum Novarum“, die 1891 den offiziellen Durchbruch einer

ganz anderen Sichtweise auf die „Arbeiterfrage“ bringt, ist z.B. immer noch deutlich geprägt vom Entsetzen über Frauenerwerbstätigkeit, die die Mütter aus ihren familiären Aufgaben riss und damit eine der Grundkonstanten bürgerlichen Lebens aufs Spiel zu setzen schien.

Zunächst vereinzelt, aber dann im Verlauf der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts immer stärker werden dann aber Stimmen im Deutschen Katholizismus laut, die es nicht bei einer „Gesinnungsreform“ belassen wollen, sondern die auch eine „Zuständereform“ einfordern. Franz-Josef Ritter von Buß, der 1837 die erste sozialpolitische Rede in einem Deutschen Parlament gehalten hat und der 1848 den 1. Katholikentag in Mainz leitete, hatte schon um 1830 die Mechanismen einer kapitalistischen Wirtschaft und ihre Folgen für die soziale Situation der Arbeiter analysiert. Bischof Ketteler von Mainz, der noch 1848 die Lösung der Sozialen Frage ausschließlich in der Verantwortung christlicher Nächstenliebe sehen wollte, vollzieht den Wandel in seiner eigenen Person um 1867, als er erstmals in einer anonymen Veröffentlichung im Mainzer Journal den Staat auffordert, „am Rechtsschutz für die Arbeit mitzuwirken“. 1869 bei seiner berühmten Rede auf der Liebfrauenheide bei Offenbach, gab er unmissverständlich zu erkennen, dass es mit den Arbeiterbildungsvereinen allein nicht getan war, sondern dass wirtschaftliche Interessenvertretungen von Arbeitern bis hin zum Streikrecht nötig seien, um den Ursachen des Elends etwas entgegenzusetzen. Er propagiert christliche Gewerkschaften, denkt über

sogenannte Produktivassoziationen nach, in denen die Arbeiter zugleich die Besitzer der Produktionsmittel sein sollten und öffnet mit seinen berühmten Predigten den im Aufbau befindlichen politischen Katholizismus für eine neue Sichtweise auf die Soziale Frage.

Auf den Katholikentagen des 19. Jahrhunderts ist die Debatte zwischen den Vertretern von Gesinnungs- und Zuständereform über Jahrzehnte das Thema. Immer klarer wird, dass es mit der privaten Wohltätigkeit und moralischer Aufrüstung allein nicht getan sein kann, sondern dass wirtschaftliche Interessenvertretung, aber auch staatliches Handeln unabdingbar sind. Der Volksverein für das Katholische Deutschland, in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts eine der einflussreichsten und mitgliederstärksten NGOs – wie wir heute sagen würden! -, steht an der Spitze der Zuständereformer.

Die Katholiken im Deutschland des 19. Jahrhunderts haben sich mit der Forderung nach staatlicher Sozialpolitik nicht gerade leicht getan. Während sich die protestantischen Gläubigen, ähnlich wie dies heute noch in Skandinavien der Fall ist, in hohem Maße mit dem Staat identifizierten, ja sich regelrecht als Staatskirche verstanden haben, standen die Katholiken dem Preußischen Staat und dem Kaiserreich mit Distanz gegenüber. Immerhin hatten sie gerade erst die Erfahrung massiver Eingriffe des preußischen Staates in die Kirchen im Zusammenhang mit dem sog. Kulturkampf gemacht und wurden mit ihrem aufblühenden Vereinswesen den Regulierungen des

Sozialistengesetzes ebenso unterworfen wie die Gewerkschaften oder die Sozialdemokratie.

Einem Staat, den man im Alltag als Repressionsinstrument wahrnahm, der die Rechte der Kirche einschränkte, hat man die Lösung der Sozialen Frage anfangs einfach nicht zugetraut. Erst allmählich kristallisierte sich die Einsicht heraus, dass nicht jeder Staat ein autoritäres Zwangsregime sein muss, und dass man den ungeliebten Gegner nicht zuletzt auch durch die Kritik an seinem Versagen in der Sozialstaatsfrage unter Druck setzen konnte.

Diese Forderung nach Sozialpolitik unterscheidet die Christlich-Soziale Bewegung und ihren politischen Arm, die Zentrumspartei, übrigens deutlich von der sozialistischen Bewegung, die zunächst ganz auf Klassenkampf und auf eine radikale Abkehr vom Kapitalismus setzte. Sozialpolitik konnte da das Problem nicht lösen, sondern es allenfalls verschleiern und damit die eigentlich erforderliche Revolution verschleppen. Es sind deshalb am Ausgang des 19. Jahrhunderts vor allem die Christlich-Sozialen, die staatliche Verantwortung einfordern und Themen wie Arbeitsschutz, Kinderarbeit, Kranken- und Altersversorgung, Mutter- und Jugendschutz auf die Tagesordnung der Politik in Deutschland bringen.

Was wir heute katholische Soziallehre nennen, findet ihren ersten profilierten Vertreter in Franz Hitze, dem Generalsekretär des Volksvereins für das Katholische Deutschland. Was in dessen Umfeld gedacht und

weiterentwickelt wird, beeinflusst nicht nur die Sichtweisen im Vatikan, der sich ab 1891 mit einer Reihe von Sozialenzykliken immer deutlicher für die Zuständereform positioniert, sondern auch die Politik in Deutschland. Ähnliche Entwicklungen gibt es auch in Belgien oder Frankreich.

In Deutschland ist es vor dem ersten Weltkrieg vor allem die Zentrumsparterie, in der sozialstaatliches Eingreifen gefordert wird. Die liberalen Parteien propagieren dagegen einen Laisser-faire-Staat, der allenfalls für den Schutz des Eigentums sorgen, sich aber völlig von aktiver Sozialpolitik fern halten soll. Die Konservativen setzen weiter unverdrossen auf Gesinnungsreform.

In der sozialistischen Bewegung werden Stimmen lauter, die auf eine Veränderung der Verhältnisse ohne Revolution und Diktatur des Proletariats setzen. Vor allem die sogenannten Kathedersozialisten, Volkswirtschaftler und Sozialwissenschaftler, die für die Entwicklung der Sozialdemokratie bedeutsam werden, stärken die Phalanx der Sozialpolitik.

Einen eher unerwarteten Verbündeten finden sie schließlich in Reichskanzler Bismarck, der mit Hilfe der Sozialpolitik, z.B. mit Einführung des Sozialversicherungswesens, hofft, den radikalen Sozialisten das Wasser abgraben zu können.

In der Weimarer Verfassung wird vieles umgesetzt, was in der katholischen Soziallehre vor dem 1. Weltkrieg entwickelt worden war. Es ist kein Zufall, dass einer der

führenden Sozialminister der Weimarer Zeit, Heinrich Brauns, aus dem Volksverein kam.

Anrede,

Die Christliche Soziallehre setzt in der Tradition, die ich eben beschrieben habe, auf eine Gesellschaftskonstruktion, die die freie Entfaltung des Einzelnen mit der Verantwortlichkeit für den Nächsten verbunden sieht; sie macht aber eben dabei nicht mehr Halt. Neben den Prinzipien von Freiheit und Solidarität hält sie auch das Prinzip Gerechtigkeit hoch.

Schon Augustinus hatte die Herstellung von Gerechtigkeit als eine der zentralen Aufgaben eines Staates definiert. Sein berühmtes Zitat, wonach ein Staat ohne Gerechtigkeit nicht mehr sei als eine Räuberbande, bringt das mit der nötigen Drastik zum Ausdruck. Neben dem „Gebt dem Staat, was des Staates ist!“ ergibt sich daraus eine vom Grundsatz her kritische Haltung des Christentums gegenüber Staat und Machtausübung, die immer nach der Legitimität staatlichen Handelns und ihrem Beitrag zur Herstellung von Gerechtigkeit fragen muss, sofern dies gegeben ist, den Christen aber auch zur Loyalität gegenüber dem Staat und der Gesellschaft verpflichtet.

Die scholastischen Theologen im Mittelalter, z.B. Thomas von Aquin, haben die Theorie der Gerechtigkeit weiterentwickelt und ausdrücklich deutlich gemacht, dass es nicht nur um formale Rechtsgleichheit (*justitia legalis*) geht, darum dass Gleiches gleich, und

Ungleiches ungleich behandelt werden muss (justitia commutativa), sondern auch Verteilungsgerechtigkeit (justitia distributiva) dazugehört.

Die katholische Soziallehre entwickelt aus diesen Grundlagen das sogenannte Subsidiaritätsprinzip, das ausdrücklich nicht nur als ein Abwehrrecht der kleinen Einheit, etwa der Familie oder des Individuums, gegenüber der größeren Einheit, z.B. dem Staat, verstanden werden darf, wie dies heute in den Medien – und leider auch in der Verwendung des Begriffs in Europa - oft getan wird.

Subsidiarität bedeutet vielmehr, dass der Einzelne, die kleine Gemeinschaft in die Lage versetzt werden soll, sich selbst zu helfen. Aber es heißt auch – und das wird in der Sozialstaatsdebatte oft verschwiegen! – dass der Staat in den Fällen, in denen der einzelne nicht in der Lage ist, die Probleme zu lösen, nicht nur handeln darf, sondern handeln muss.

Genau hier hat der Sozialstaat aus der Perspektive der christlichen Soziallehre seine eigentliche Begründung. Es gehört zu den Aufgaben des Staates, das Gemeinwohl zu garantieren, den Menschen vor Bevormundung zu schützen und ihn in die Lage zu versetzen, für sich selbst und seine Familie Verantwortung übernehmen zu können. Aber er muss da, wo einzelne auch mit dieser Unterstützung die Risiken nicht tragen können, Strukturen schaffen und aufrechterhalten, die dem Einzelnen zu seinem Recht verhelfen und ihn schützen.

Und natürlich steht der Staat unter der Verpflichtung, nicht nur formal Rechtsgleichheit für die BürgerInnen garantieren zu müssen, sondern er muss seinerseits auch im Sinne der ausgleichenden Gerechtigkeit tätig werden, etwa im Sinne eines progressiven Besteuerungssystems, das Starke stärker und Schwache schwächer in die Verantwortung nimmt.

Sozialstaat kann demnach kein Pflasterkastensystem für die Fußkranken eines marktwirtschaftlichen Systems sein, sondern er ist konstituierendes Element jedes Staates, der mehr sein will als die berühmte Räuberbande Augustins. Es geht also ausdrücklich nicht um die Brosamen von den Tischen der Reichen, sondern um Strukturelemente einer staatlichen Ordnung, die die Legitimität dieser Ordnung überhaupt erst begründen. Und das gilt – das muss man in Zeiten der Globalisierung und der größten Finanz- und Wirtschaftskrise seit 80 Jahren auch noch einmal ganz deutlich sagen! – nicht nur für die nationalen Ordnungen, sondern auch für die internationalen Strukturen. Christen sind danach in der Verpflichtung, für eine aktiv um Gerechtigkeit bemühte Ordnung auch im globalen Zusammenhang zu kämpfen. Die Frage der kurzfristigen Realisierbarkeit ist jedenfalls kein Argument gegen diesen ethischen und letztlich politischen Anspruch.

Anrede,

es ist kein Zufall, dass die Grundprinzipien der Christlichen Soziallehre nicht nur irgendein theoretisches Konstrukt oder eine ethisch-moralische Verpflichtung bleiben dürfen, sondern auf Umsetzung im Politischen drängen. Sie sind wesentliche Elemente einer politisch-ökonomischen Theorie geworden, die in den Zeiten der Krise mit einem Mal wieder ernst genommen wird, der Sozialen Marktwirtschaft. Sie setzt auf freie Individuen, die am Markt verantwortlich handeln, für sich selbst und ihre Familie Verantwortung übernehmen, aber gleichzeitig den Schutz eines Staates erwarten dürfen, der im Sinne der ausgleichenden Gerechtigkeit und des Subsidiaritätsprinzips tätig wird. Das ist alles andere als ein Nachtwächterstaat, der dem Wettbewerb alles überlässt und sich dafür rühmt, soviel Deregulierung wie möglich zustande gebracht zu haben.

Es ist ein offensiver Staat, der die Freiheit des Menschen durch das machverteilende Prinzip schützt, der Vermachtungen und Monopole bewusst konterkariert, der Arbeitnehmern Mitbestimmungsrechte sichert und ein funktionierendes soziales Netz spannt und der sich in der Verantwortung sieht, nicht erst die Symptome zu kurieren, sondern vorsorgend, präventiv Übel anzugehen, nicht nur die sozialen, sondern z.B. auch die ökologischen.

Alfred Müller-Armack, einer der Väter der Sozialen Marktwirtschaft, hat dies in einer Klarheit zum Ausdruck gebracht, die die Vertreter der sogenannten „Stiftung

Soziale Marktwirtschaft“, die seit Jahren üppig gesponsert von Wirtschaft und Industrie für Deregulierung und Sozialabbau wirbt, als das entlarvt, was sie wirklich sind: Etikettenschwindler, die die wahre Soziale Marktwirtschaft gegen den Strich bürsten. Natürlich können sich die Väter der Sozialen Marktwirtschaft nicht gegen diese Vereinnahmung wehren. Sie sind ja lange tot. Und auf ihren Lehrstühlen sitzen heute waschechte Neoliberale, die für das eintreten, was schon die Paläoliberalen wollten, einen Nachtwächterstaat, der alles dem Markt überlässt, und den Sozialstaat für Teufelszeug hält.

Müller-Armack hat dagegen ganz klar ausgeführt, dass „die Soziale Marktwirtschaft keinen schwachen Staat fordert“ und dass „Garant des sozialen Anspruchs der Marktwirtschaft nicht nur der Markt“ sein könne, sondern dass vielmehr „der Staat die unbestrittene Aufgabe“ habe, „über den Staatshaushalt und die öffentlichen Versicherungen die aus dem Marktprozess resultierenden Einkommensströme umzuleiten und soziale Leistungen, wie Kindergeld, Mietbeihilfen, Renten, Pensionen, Sozialsubventionen usw. zu ermöglichen.“ Der Staat muss dem Markt eine Rahmenordnung setzen, die – so wörtlich! – „die Startungleichheit auf dem Markt, die sich aus der unterschiedlichen Eigentumsbildung und Einkommensverteilung ergibt, mittels Besteuerung, Sozialversicherung und Sozialfürsorge“, aber auch durch „Ausbildungs- und Studienförderung, durch Prämien zur Vermögensbildung und Subventionen mittels Umverteilung zu einem sozialen Ausgleich“ führen.

Müller-Armack spricht von dem „Dreieck der Spannung zwischen Wachstum, der persönlichen Freiheit und Initiative sowie dem sozialen Ausgleich“. Wer sich die Debatten der letzten 2 Jahrzehnte über den angeblich „ausufernden Sozialstaat“ vor Augen führt, der kann gar nicht übersehen, wie weit sich diejenigen, die sich als Wahrer der Sozialen Marktwirtschaft gerieren, vom Kern dieser Theorie abgewichen sind.

Auf dem gerade ein paar Wochen zurückliegenden 60jährigen DGB-Jubiläum hat Bundespräsident Horst Köhler den Theoretikern der wahren Sozialen Marktwirtschaft in seiner Rede Gerechtigkeit verschafft und gefordert, dass ihre Grundüberlegungen endlich auch international Geltung erhalten müssten. Meines Erachtens hätte er noch ein bisschen deutlicher machen können, dass wir auch in Deutschland dabei Nachholbedarf haben, aber immerhin haben wir inzwischen wenigstens hie und da in unserem Land wieder eine Debatte, in der man sich nicht mehr dafür auslachen lassen muss, dass man einen starken, aktiven Staat und Regeln für Märkte, auch für internationale Finanzmärkte einfordert.

Das alles wird aber auch immer noch als „Sozialdemokratisierung“ oder als „Wiederaufleben der Planwirtschaft“ verunglimpft, wobei die Kritiker nur ihre historische Ignoranz beweisen, denn diese Ideen sind zutiefst Ausfluss der Christlichen Gesellschaftslehre und vielleicht der sozialdemokratischen Theorie, gewiss aber nicht kommunistisch, wie viele Medienvertreter immer noch meinen.

Anrede,

es gilt also zumindest innerhalb der gesellschaftlichen Gruppierungen, die sich in der Tradition der christlich-sozialen Bewegung sehen – und Sie gehören ja auch dazu! – unverdrossen die Fahne des Sozialstaats hochzuhalten. Mit dem „Gemeinsamen Wort der Deutschen Bischöfe“ hatte es vor einigen Jahren, 1997, noch einmal einen Versuch gegeben, die Grundprinzipien der Christlichen Soziallehre nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Wenn man sich allerdings die Veröffentlichung der Kommission für wirtschaftliche und soziale Fragen bei der Deutschen Bischofskonferenz von 2003 ansieht, die den bezeichnenden Titel trägt: „Das Soziale neu denken“, dann sind die Infektionsspuren des Neoliberalismus nicht mehr zu übersehen. Und dass die Lehrstühle für Christliche Gesellschaftslehre an den Theologischen Fakultäten in Deutschland auch nicht gerade zu den letzten gehörten, die auf dem Altar der Sparzwänge geopfert wurden, ist sicher auch kein Zufall.

Immerhin trauen sich inzwischen ja auch die offiziellen Kirchenvertreter wieder, zu den Grundsätzen der christlichen Soziallehre zu stehen. Die Evangelische Kirche in Deutschland hat in diesem Sommer mit ihrer Denkschrift „Wie ein Riss in einer hohen Mauer“ auf einige unverkennbare Wahrheiten im Zusammenhang mit der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise hingewiesen.

Und auch Papst Benedikt reiht sich mit der Enzyklika „Caritas in veritate“ in die Reihe der Kritiker des Neoliberalismus ein, wenn man auch ziemlich viel Geduld und Frustrationstoleranz angesichts einigermaßen schwer verdaulicher und üppig ausgeführter theologischer Analysen aufbringen muss, ehe man zu den entsprechenden Passagen vorstößt.

Anrede,

lassen Sie mich zum Abschluss noch nach der Rolle der freien Wohlfahrtspflege auf dem Hintergrund der Debatte um den Sozialstaat fragen. Sie haben sich in den letzten 2 Jahrzehnten ja immer öfter in die Rolle der Pflasterkastenträger geschoben gesehen, die mit möglichst viel ehrenamtlichem Engagement die Wunden schließen sollte, die der Kasinokapitalismus geschlagen hatte. Und auf der anderen Seite haben Sie ja auch den Druck derer zu spüren kommen, die nach der Berechtigung von Freier Wohlfahrtspflege in der Gesellschaft überhaupt fragen. Nicht nur ich dürfte nach dem Fall der Mauer immer wieder z.B. auf Kommunalvertreter in Ostdeutschland gestoßen sein, die sich überhaupt nicht vorstellen konnten, dass sie freie Verbände nicht nur zulassen, sondern auch noch fördern sollten. Und natürlich machen Sie ja auch Ihre Erfahrungen mit jenen, die – nicht anders als in den Unternehmen der Branchen, mit denen ich Erfahrung habe – die „Konzentration auf Kernaufgaben“ und deshalb den Rückzug aus allem propagieren, was nicht unmittelbar Seelsorge darstellt. Lassen Sie sich nicht ins Bockshorn jagen: Sie sind Kernaufgabe!

Natürlich kann man sich eine Gesellschaft vorstellen, in der sozialpolitische Aufgaben gänzlich in den Händen des Staates liegen. Dem Konzept der Christlichen Soziallehre und dem Subsidiaritätsprinzip entspricht dies jedenfalls nicht. Wo immer sich Bürger selbst für Aufgaben organisieren, verdient dies nicht nur allgemeine Anerkennung, sondern auch staatliche Förderung. Es gewährleistet im Sinne des Subsidiaritätsprinzips Lösungen, die nah an den Problemen bleiben, und bezieht seine Berechtigung im Übrigen auch aus dem machverteilenden Prinzip, das den BürgerInnen auch die Wahl zwischen unterschiedlichen Anbietern offenlassen sollte.

Wohlfahrtsverbände wie die Caritas sind deshalb nicht Alternative zum Sozialstaat, sondern einer seiner konstituierenden Teile. Und Sie als Vertreter der Caritas sollten aus dieser Rolle heraus auch nicht dabei nachlassen, ihre Nähe zu den Problemen und die Kompetenz, die sie daraus beziehen, immer wieder ins Spiel zu bringen, um den staatlichen Verantwortungsträgern auf die Sprünge zu helfen. Sie sind keine Bittsteller, sondern Träger von sozialstaatlicher Verantwortung. Und das sollen Sie auch weiterhin bleiben.

Und so sehr ich mich - nicht nur als Vertreterin der Christlichen Soziallehre! – für ehrenamtliches Engagement stark mache, so sehr ermuntere ich Sie immer zu einer gesunden Skepsis, wenn die Politik das Ehrenamt allzu deutlich preist. Aber ich glaube, ich muss

Sie da nicht „katholisch machen“. Sie erfahren ja in Ihrer Alltagsarbeit, dass es immer wieder Vertreter der Politik gibt, die Sie als Caritas lieber in der Rolle des Organisators religiös motivierter Barmherzigkeit von Freiwilligen sähen denn als Mahner gegen Sozialabbau und öffentliche Armut.

Und auch das möchte ich betonen: Auch ehrenamtliches Engagement ist keine Spontiveranstaltung, die sich irgendwie von selbst ergibt. Viele sind zwar bereit, sich gelegentlich persönlich zu beteiligen, aber sie übernehmen nicht die Verantwortung für die Rahmenbedingungen, unter denen dieses Engagement möglich wird. Deshalb braucht es immer eine Struktur von Hauptamtlichkeit, die Nachhaltigkeit und Professionalität der Bemühungen sichert. Auch dafür sind Sie unverzichtbar. Aber lassen Sie sich nicht darauf beschränken.

Viele, die Sie dafür preisen, wie viel ehrenamtliches Engagement Sie mobilisieren können, wollen wieder zurück in eine Gesellschaft, in der Sozialpolitik allenfalls die größten Notlagen beseitigt, ansonsten aber der Staat aus der Pflicht genommen ist – in Zeiten hoher öffentlicher Verschuldung, in der wir uns ja gerade wieder befinden, ist die Gefahr dafür besonders groß! Lassen Sie nicht zu, dass öffentliche Verantwortungslosigkeit unter dem Denkmantel privater Mildtätigkeit verschwinden kann! Die christliche Soziallehre kann dafür jedenfalls ebenso wenig als Begründung herhalten wie die Theorie der Sozialen Marktwirtschaft. Ich glaube, wir haben uns viel zu lange

auf Diskussionen eingelassen, wie viel Sozialstaat wir eigentlich brauchen.

Die Brosamen von den Tischen der Reichen, die der arme Lazarus zu erheischen versuchte, haben sein Problem jedenfalls nicht gelöst. Und der Reiche, von dessen Tisch sie gefallen sind, kann sich nicht darauf berufen, dass sie doch offenbar auch noch für die Hunde gereicht haben. Nach dem Lukas-Evangelium führt die Pflasterkasten-Politik für ihre Betreiber geradewegs in die Hölle. Für Christen ist das ethische Postulat eindeutig, Nichtchristen schreckt die Aussicht auf die ewige Verdammnis bekanntlich wenig. Aber das heißt ja nicht, dass wir als Christen nicht die Aufgabe haben, sie von der Pflasterkastenpolitik wegzubringen. Und da gibt es in unserem Land leider Tag für Tag viel zu tun.

Und seien Sie stolz auf den Namen Ihrer Organisation. Sie sind doch der Beweis dafür, dass Caritas sich nicht in ein bisschen Barmherzigkeit erschöpft, sondern in der Bereitschaft, die Dinge an den Wurzeln zu packen, und Strukturen aufzubauen und auf Dauer aufrechtzuerhalten, die das Elend da beseitigen, wo es zu finden ist, und die sich den Mund nicht verbieten lassen, wenn es darum geht, den Staat, die Politik in ihre Verantwortung zu rufen. Und tun Sie das mit dem Bewusstsein, dass Sie darin das tun, was dem höchsten Gebot unseres Glaubens entspricht, dem Gebot der Nächstenliebe, der Caritas.

Lassen Sie sich auch innerkirchlich nicht entmutigen: Vor ein paar Jahren habe ich an der offiziellen

Verabschiedung eines höchst einflussreichen und außerordentlich verdienstvollen Caritasdirektors teilgenommen und musste mit wachsendem Zorn mit anhören, wie der Geehrte in Äußerungen seiner geistlichen Kollegen immer wieder dafür gepriesen wurde, dass er trotz seiner rastlosen Caritas-Arbeit immer auch Zeit für persönliche Spiritualität gefunden habe. Ich habe in meinem Grußwort dann die Frage gestellt, wie viel Spiritualität es eigentlich erfordert, in endlosen Pflegesatzverhandlungen die Rahmenbedingungen für Pflegeheime zu erstreiten oder Kommunalpolitikern zum hundertsten Mal wieder einen kleinen Fördersatz für die Aufrechterhaltung einer sozialen Einrichtung abzurufen! Ich habe dabei in viele fassungslose Gesichter über Römerkragen blicken müssen, aber auch dahinter ein paar Augenpaare gesehen, die mir signalisiert haben: Na endlich sagt das mal jemand! Also lassen Sie sich nicht entmutigen! Wie es schon bei Matthäus 22 Vers 39 heißt: „Das andere ist dem gleich: Du sollst Deinen Nächsten lieben wie dich selbst.“ Und das geht nun mal nicht mit den berühmten Brosamen.

Und erlauben Sie mir als Gewerkschafterin eine letzte Bemerkung: Und Sie könnten sich auch in aller Gelassenheit dafür entscheiden, mit uns ordentliche Tarifverträge abzuschließen. Ich kann irgendwie nicht nachvollziehen, warum die unumstößlichen Prinzipien der Dienstgemeinschaft zwar in Saarbrücken Geltung haben sollen, wenige Kilometer davon entfernt, hinter der Grenze zu Frankreich, dagegen nicht mehr! Danke für Ihre Aufmerksamkeit!